

# ERGEBNISSE EINER MEINUNGSUMFRAGE

im Auftrag des Bündnisses  
für eine solidarische Pflegevollversicherung



**Die Pflegeversicherung braucht ein Update:**  
Einschätzungen der Bevölkerung  
zu den Kosten der Pflege



# INHALTSVERZEICHNIS

<b>Überblick</b>	<b>2</b>
<b>Die Befunde im Einzelnen</b>	<b>3</b>
1. Geschätzte Kosten bei Pflegebedürftigkeit	3
2. Einschätzungen zur Leistbarkeit der Pflegekosten	3
3. Bewertung der Kostenbelastungen Pflegebedürftiger im Heim	4
4. Meinungen zur Zukunft der Pflegeversicherung	4
<b>Impressum</b>	<b>5</b>

## Überblick

Pflegebedürftigkeit ist inzwischen ein echtes Armutsrisiko geworden: Immer weniger Menschen können sich die eigene Pflege leisten. Das zentrale Problem: Die Kosten, die nicht von der Pflegeversicherung übernommen werden und von Pflegebedürftigen als sogenannte Eigenanteile selbst gestemmt werden müssen, steigen immer weiter. Derzeit fallen für Pflegebedürftige, die bis zu zwölf Monate im Pflegeheim versorgt werden, im Durchschnitt jeden Monat rund 2.700 Euro an. Das liegt deutlich über dem durchschnittlichen Einkommen älterer Menschen.

Die jüngste Pflege-Reform der Bundesregierung ist nicht geeignet, um das Problem der immer weiter steigenden Kosten in den Griff zu bekommen. Ein breites Bündnis aus Sozial-, Wohlfahrts- und Pflegeverbänden sowie Gewerkschaften hat sich deshalb zusammengesetzt, um für die Lösung des Problems der steigenden Zusatzkosten mit einer solidarischen Pflegevollversicherung zu werben.

Angesichts der gravierenden Problemlage wollten wir wissen, wie die Bevölkerung zu diesem Thema denkt. Wir haben deshalb eine Umfrage zu den Einschätzungen in der Bevölkerung zu den Kosten der Pflege in Auftrag gegeben. Wir wollten wissen: Wie schätzen die Menschen die Zusatzkosten bei Pflegebedürftigkeit ein und wie stehen diese zu den tatsächlichen Kosten? Wie sind die tatsächlichen Kosten aus Sicht der Menschen zu bewerten und wie steht die Bevölkerung zur Frage der Finanzierung der Pflege: Wie sieht es mit der Zustimmung zu einem Ausbau der gesetzlichen Pflegeversicherung einerseits und der Bewältigung der Kosten durch individuelle Vorsorge andererseits aus?

Die repräsentative Umfrage wurde vom 1. August bis 7. August 2023 vom Markt- und Meinungsforschungsinstitut Forsa im Auftrag des Bündnisses für eine solidarische Pflegevollversicherung durchgeführt. Insgesamt wurden 1010 Personen ab 18 Jahre im Rahmen der Mehrthemenumfrage des repräsentativen Online-Befragungspanels forsa.Omninet befragt.

Die Ergebnisse lassen aufhorchen: Eine große Mehrheit unterschätzt die Kosten, die Pflegebedürftige im Durchschnitt für die eigene Pflege in einem Pflegeheim pro Monat selbst aufbringen müssen, deutlich. Darüber informiert, dass Pflegebedürftige derzeit im ersten Jahr ihres Aufenthaltes in einem Pflegeheim durchschnittlich rund 2.700 Euro pro Monat selbst aufbringen müssen und danach gefragt, ob sie glauben, im Pflegefall selbst eine solche Summe aufbringen zu können, geht nur eine kleine Minderheit der Befragten (14 Prozent) davon aus, die Kosten stemmen zu können.

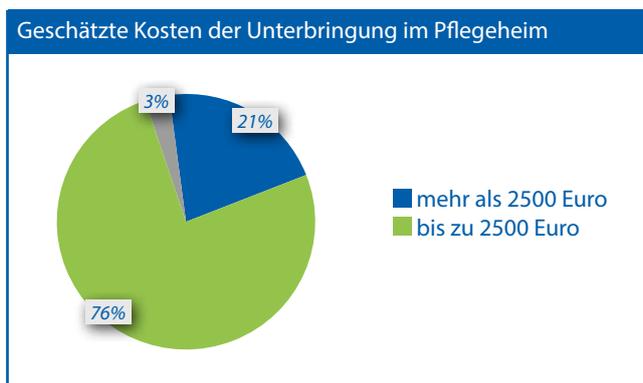
Lediglich sechs Prozent der Befragten halten Zusatzkosten trotz Pflegeversicherung in dieser Höhe für angemessen. Vier von fünf Personen (81 Prozent) stimmen eher der Aussage zu, dass die Leistungen der gesetzlichen Pflegeversicherung so ausgebaut werden sollten, dass alle pflegebedingten Kosten von der Pflegeversicherung übernommen werden. Nur 14 Prozent stimmen der Aussage eher zu, dass diese nicht ausgebaut werden und Menschen individuell vorsorgen sollten.

# Die Befunde im Einzelnen

## 1. Geschätzte Kosten bei Pflegebedürftigkeit

Die Mehrheit der Befragten unterschätzt die im Durchschnitt anfallenden Kosten bei der Unterbringung in einem Pflegeheim sehr deutlich. Die Kosten, die bei einem Aufenthalt von bis zu 12 Monaten im Durchschnitt für Pflegebedürftige als Eigenanteile anfallen, betragen derzeit rund 2700 Euro.<sup>1</sup> Lediglich eine von fünf Personen, 21 Prozent der Befragten, rechnet mit Kosten in dieser Höhe. 76 Prozent der Befragten gehen von deutlich geringeren Beträgen aus, die sie bei Pflege in einem Heim selbst zahlen müssten.

**Frage 1:** Viele Menschen werden in ihrem Leben, insbesondere im Alter, pflegebedürftig und sind auf Unterstützung angewiesen. Einen Teil der dafür notwendigen Kosten übernimmt in Deutschland die gesetzliche Pflegeversicherung. Was glauben Sie: Wie viel Geld müssen Pflegebedürftige im Durchschnitt für die eigene Pflege in einem Pflegeheim jeden Monat darüber hinaus selbst aufbringen?



Die durchschnittlichen Zusatzkosten für Pflegebedürftige im Pflegeheim bei Aufenthalt von bis zu einem Jahr liegen derzeit bei rund 2700 Euro, also deutlich über 2500 Euro.

Der durchschnittliche Eigenanteil bei Pflege in einem Heim bei einem Aufenthalt von bis zu 12 Monaten ist deshalb so relevant, weil die 2022 eingeführten Entlastungen bei den Eigenanteilen Pflegebedürftigen erst ab dem zweiten Jahr ihres Aufenthaltes in substantieller Höhe zustehen, etwa die Hälfte der Bewohner\*innen aber nicht länger als ein Jahr in einem Pflegeheim verweilt.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Siehe dazu Mittag, 2023: Hintergrundpapier: Pflegevollversicherung, online: [https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user\\_upload/Schwerpunkte/Altenhilfe-Pflege/doc/Hintergrundpapier\\_Pflegevollversicherung\\_27\\_06\\_2023.pdf](https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Schwerpunkte/Altenhilfe-Pflege/doc/Hintergrundpapier_Pflegevollversicherung_27_06_2023.pdf).

<sup>2</sup> Ebd.

Auch in Hinblick auf die durchschnittlichen Zusatzkosten für Pflegebedürftige über alle Aufenthaltszeiten hinweg zeigt sich, dass die Mehrheit diese Kosten deutlich unterschätzt: Die durchschnittlichen Zusatzkosten für Pflegebedürftige im Pflegeheim – unabhängig von der Aufenthaltsdauer – liegen derzeit bei rund 2200 Euro.<sup>3</sup> 54 Prozent der Befragten gehen von erforderlichen Beträgen von bis zu 2000 Euro aus, liegen mit ihren Schätzungen also auch deutlich unter den durchschnittlichen Kosten über alle Aufenthaltszeiten hinweg.

Es fällt auf, dass die jüngeren Befragten die selbst zu tragenden Kosten in besonderem Maße unterschätzen. Bei den Unter-45-Jährigen gab nur jeder Zehnte einen Betrag an, der den aktuellen tatsächlichen durchschnittlichen Zusatzkosten für Pflegebedürftige in einem Heim im ersten Jahr entspricht.

## 2. Einschätzungen zur Leistbarkeit der Pflegekosten

Eine große Mehrheit von 81 Prozent glaubt nicht, dass sie die derzeit notwendigen Beträge im Falle von Pflegebedürftigkeit selbst aufbringen könnten. Lediglich 14 Prozent schätzen ihre Lage so ein, dass sie Kosten in dieser Höhe selbst stemmen könnten.

**Frage 2:** Derzeit müssen Pflegebedürftige im ersten Jahr ihres Aufenthaltes in einem Pflegeheim durchschnittlich rund 2.700 Euro pro Monat selbst aufbringen. Glauben Sie, dass Sie im Falle einer Pflegebedürftigkeit diese Summe selbst aufbringen könnten oder glauben Sie das nicht?



<sup>3</sup> Rothgang et al., 2023: Hilfe zur Pflege in Pflegeheimen – Zukünftige Entwicklung unter Berücksichtigung der aktuellen Reformmaßnahmen. Aktualisierung einer Expertise im Auftrag der DAK-Gesundheit, Feb. 2023.

### 3. Bewertung der Kostenbelastungen Pflegebedürftiger im Heim

Nur eine ausgesprochen kleine Minderheit von 6 Prozent hält die derzeit fälligen Eigenanteile von durchschnittlich rund 2700 Euro pro Monat für Pflegeheimbewohner\*innen im ersten Jahr ihres Aufenthaltes für angemessen. Eine sehr große Mehrheit von 89 Prozent ist nicht der Meinung, dass die trotz Pflegeversicherung anfallenden Zusatzkosten angemessen sind und findet, dass die Pflegeversicherung mehr Geld zuzahlen sollte.

**Frage 3:** Halten Sie es für angemessen, dass Pflegebedürftige trotz der Pflegeversicherung für ihre benötigte Unterstützung Zusatzkosten in dieser Höhe privat tragen müssen oder sollte die Pflegeversicherung da mehr Geld zuzahlen?



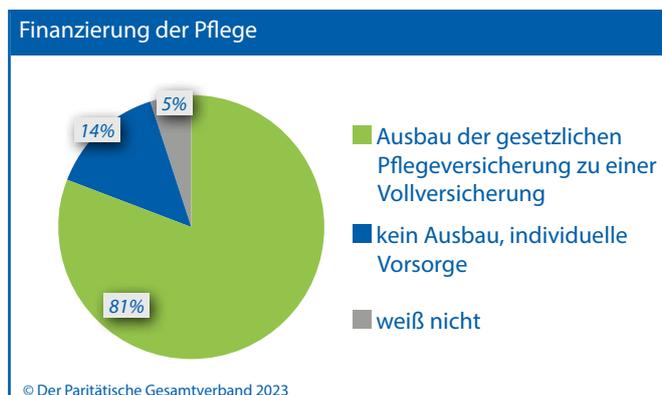
Die Auffassung, dass die Pflegeversicherung mehr Geld zuzahlen sollte, teilt eine große Mehrheit der Befragten über die Anhängerschaft verschiedener Parteien hinweg: Während sowohl unter den Anhänger\*innen von SPD und Grünen je 89 Prozent dieser Meinung sind, teilen diese Auffassung auch 86 Prozent der Anhänger\*innen von CDU/CSU und 80 Prozent der Anhänger\*innen der FDP.

### 4. Meinungen zur Zukunft der Pflegeversicherung

In Hinblick auf die Finanzierung der Pflegekosten stimmten 81 Prozent der Befragten eher der Aussage zu, dass die Leistungen der gesetzlichen Pflegeversicherung so ausgebaut werden sollten, dass alle pflegebedingten Kosten von der Pflegeversicherung übernommen werden. Damit zeigt sich eine außerordentlich große Zustimmung in der Bevölkerung zum Ausbau der gesetzlichen Pflegeversicherung zu einer Vollversicherung.

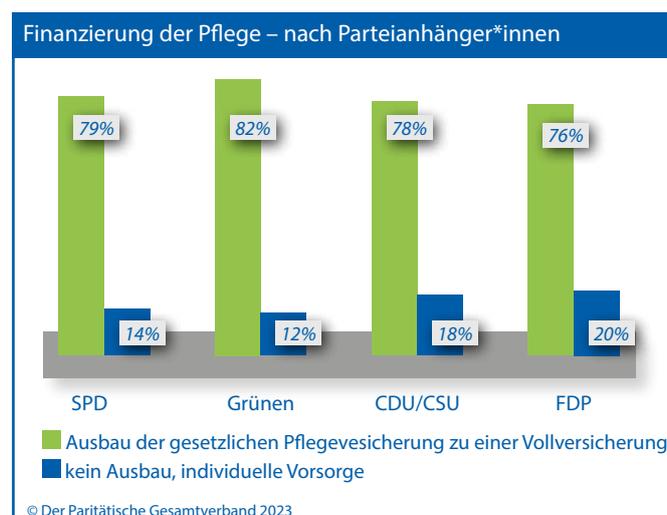
Nur 14 Prozent meinen hingegen, dass die Leistungen der gesetzlichen Pflegeversicherung eher nicht ausgebaut werden und Menschen individuell vorsorgen sollten, z.B. durch eine private Zusatzversicherung.

**Frage 4:** Mit Blick auf die Leistungen der gesetzlichen Pflegeversicherung stimmen folgenden Aussagen eher zu:



Auch bei dieser Frage spiegelt sich die allgemeine deutliche Mehrheit für einen Ausbau der gesetzlichen Pflegeversicherung jeweils unter den Anhänger\*innen der verschiedenen Parteien: Anhänger\*innen der Grünen stimmen der Aussage, dass die gesetzliche Pflegeversicherung so ausgebaut werden sollte, dass alle pflegebedingten Kosten von der Pflegeversicherung übernommen werden, zu 82 Prozent eher zu, die Anhänger\*innen der SPD zu 79 Prozent, die der CDU/CSU zu 78 Prozent und die der FDP zu 76 Prozent.

Mit Blick auf die Leistungen der gesetzlichen Pflegeversicherung stimmen folgenden Aussagen eher zu:



## Zum Bündnis für eine solidarische Pflegevollversicherung

Das Bündnis für eine solidarische Pflegevollversicherung setzt sich für eine Pflegeversicherung ein, die alle pflegebedingten Kosten übernimmt – unabhängig davon, ob es sich um die stationäre oder ambulante Pflege handelt.

Dem Bündnis gehören an: Der Paritätische Gesamtverband, die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK), der Sozialverband Deutschland (SoVD), der Bundesverband der kommunalen Senioren- und Behinderteneinrichtungen (BKSB), der Deutsche Frauenrat, der BIVA-Pflegeschatzbund, die Volkssolidarität und die AWO.

Der gemeinsame Aufruf des Bündnisses ist abrufbar auf [www.solidarische-pflegevollversicherung.de](http://www.solidarische-pflegevollversicherung.de).

### Impressum

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e.V.  
Oranienburger Str. 13-14  
10178 Berlin

Telefon 030 24636-0  
Telefax 030 24636-110

E-Mail: [info@paritaet.org](mailto:info@paritaet.org)  
Internet: [www.solidarische-pflegevollversicherung.de](http://www.solidarische-pflegevollversicherung.de)

**Verantwortlich im Sinne des Presserechts:**  
Gwendolyn Stilling

**Redaktion:**  
Wiebke Schröder

**Gestaltung:**  
Christina Ratna Dewi Schöller

**Titelbild:**  
Julia Schonlau

24. August 2023



Oranienburger Str. 13-14  
10178 Berlin  
Tel. 030 24636-0  
Fax 030 24636-110

[www.paritaet.org](http://www.paritaet.org)  
[info@paritaet.org](mailto:info@paritaet.org)